

Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verlag: Sächsische Zeitung, Dresden, Brühl 21. 1932
 Red. u. Verlagsamt: Sächsische Zeitung, Dresden, Brühl 21.

mit Loschwitzer Anzeiger

Zustellort: Sächsische Zeitung, Dresden, Brühl 21.
 Postfach-Nr.: 211 Dresden

Tageszeitung für das sächsische Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählan, Rochwitz, Bachwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Niederponitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsgesellschaft Hermann Meyer & Co., Dresden-Blasewitz. - Verantwortlich für den Inhalt: Eugen Berner, beide in Dresden.

Abrechnung: Die Abrechnung erfolgt mit den Verlegern: Ankl., Fremden- und Kuristen, Agrar-Wirtsch., Radio-Zeitung, nur ein Viertel. Anzeigen werden bis 6 gestaltete Zeilen mit 25 Buchstaben berechnet, Resten bis 4 gestaltete Zeilen sind bis 100 Buchstaben. Anzeigen u. Resten mit Nachdruck und anderen Sorten werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratsbeiträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Kursung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verjährt. Zahlung, Frage od. Kontur d. Auftraggebers

Redaktion und Expedition
 Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
 94 Jahrgang

Nr. 110

Donnerstag, den 12. Mai

1932

Wir fordern klare Entscheidungen!

Brüning mahnt zum Durchhalten

Berlin, den 11. Mai 1932.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Schuldenentlastungsgesetzes. Abg. Reinhardt (Radik.) nennt das Gesetz verfassungswidrig. Die Begründung der Vorlage enthält grobe Fehler: Unwahrheiten. Reichsjustizminister Jodel bestreitet, daß das Kreditverfahren der Regierung und das neue Gesetz verfassungswidrig seien. Er bestreitet weiter, daß das Staatsrecht des Reichstages durch die Maßnahmen der Regierung verletzt worden sei. Die dritte Beratung des Gesetzes ist damit beendet. Die Abstimmung wird von Präsident Brüning zurückgestellt bis zu den weiteren Bestimmungen. Hierauf

wird die allgemeine politische Aussprache fortgesetzt.

Abg. Emminger (Bayr. Sp.) wendet sich gegen die Bemerkung des Abg. Göring, daß das Brüningkabinett Inflationspolitik treibe. Die Anträge der Opposition auf Streichung der Tribüne seien ein Schlag in die Luft, denn angeht es unserer Wirtschaftslage sei in Deutschland keine Regierung möglich, die die Weiterzahlung der Reparationen zugeben wolle.

Die in England und in anderen Ländern fortschreitende Entwicklung zur Abschließung werde auch Deutschland zwingen, sich in seiner Wirtschaft auf den Binnenmarkt umzustellen.

Das Verbot war notwendig, meint er, denn gerade wir in Bayern haben die Vorkaufberechtigung dieser Privatarmee beobachten können.

Abg. Rippel (Chr.-Soz.) billigt Teile des vom Abg. Straßer vorgetragenen Sozial- und Wirtschaftsprogramms. Wir unterstützen die Regierung, solange sie in der Tribünefrage jede Kompromißherlei ablehnt.

Abg. Dr. Hugo (DVP.): Mit den Reparationen muß nun endgültig Schluss gemacht werden, damit die Weltwirtschaft wieder in Ordnung gebracht werden kann. In den außenpolitischen Forderungen gibt es jetzt in Deutschland überhaupt keine Gegensätze zwischen den Parteien.

Mit Straßers Programm kann man wohl Arbeit schaffen, aber nicht die lohnende Arbeit, die zur Ernährung der Arbeitenden erforderlich ist.

Wir haben keine Veranlassung, der Regierung das Vertrauen auszusprechen. Wir hoffen, daß die nationalsozialistische Einladung an das Zentrum, zur Regierung heranzulassen zu werden, Erfolg hat.

Abg. Dr. Heuß (Staatsp.) begrüßt es, daß gestern der Abg. Straßer den Schleier von dem Panorama der deutschen Zukunft, wie die Nationalsozialisten sie sich denken, gezogen hat.

Reichskanzler Dr. Brüning: „Ich will hier nur über Reparations- und Abrüstungsfragen sprechen. Im Gegensatz zu dem Verlauf der fünfjährigen Vorkonferenzen läßt sich feststellen, daß auf der Abrüstungskonferenz in Genf der Wille zur wirklichen Abrüstung viel stärker zur Geltung kommt.“

Bei den Großmächten ist eine Annäherung an den deutschen Standpunkt zu verzeichnen.

Wir können den Auseinandersetzungen mit den

anderen Mächten mit Ruhe entgegensetzen.“ Der Kanzler lehnt dann den Gedanken eines neuen Rüstungswettlaufs ab, er wolle nur die Beseitigung der Differenzen durch die Herabsetzung der Rüstungen der anderen Staaten nach demselben Methoden, wie sie für die deutsche Abrüstung ausschlaggebend gewesen seien. In der Reparationsfrage habe sich die bekannte Auffassung der Reichsregierung seit Februar nicht geändert. Er könne mit Benutzung feststellen, daß die Meinung in weitem Maße an Boden gewonnen habe, daß eine völlige Streichung der politischen Schulden die wichtigste Voraussetzung für die Rettung aus der jetzigen wirtschaftlichen Not sei.

Nur wenn die Trennung in Gläubiger- und Schuldnerländer endlich verstanden, sei der Weg für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Völkern frei.

Diese Ueberzeugung werde heute schon von vielen Mächten geteilt, andere wollen aber, daß Deutschland später die Zahlungen wieder aufnehmen solle oder eine Restzahlung gebe. Wer das fordere, der lege sich keine Rechenschaft darüber ab, daß für eine solche Möglichkeit alle Voraussetzungen fehlerlos seien. Die optimistische Einschätzung der Zukunftsentwicklung durch die internationalen Sachverständigen habe sich bitter geändert.

Zur Beschränkung unseres Desinfektionsverfahrens sei Deutschland von den Gläubigerländern geradezu gezwungen worden.

Deutschland sei bereit, sowie die Voraussetzungen vorliegen, die Handelsbemühnisse und darüber hinaus die Zollmauern abzubauen. Zu der Kritik an seiner Taktik bei den Reparationsverhand-

lungen richte er an die Nationalsozialisten eine Warnung: „Seien Sie in Ihren Privatunterhaltungen mit ausländischen Politikern etwas vorsichtiger! Es liegt weder im Interesse der Beteiligten, noch ist es im Interesse einer geradlinigen Fortsetzung meiner Außenpolitik wünschenswert, daß das Ausland auf Grund legendweller Schwärzereien hoffen könnte, daß eine nach mir kommende Regierung kompromittierter wäre als ich!“ Ihm, dem Kanzler, liege nur daran, vor der Welt

festzustellen, daß weder diese noch eine andere Regierung in der Reparationsfrage hinter das zurückweichen kann, was er im Januar gesagt habe.

Von ungewöhnlicher Klarheit und taktischer Geschicklichkeit war der innerpolitische Rechenschaftsbericht des Kanzlers. Die Bedenken, die der Kanzler dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der NSDAP entgegenbrachte, bezogen sich nicht auf dessen Ziele, die weitgehend in dem neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm des Kabinetts wiederkehrten.

Sie betrafen ausschließlich die Finanzierungsfrage.

die nach Auffassung Brüning von den Nationalsozialisten noch nicht bis zu ihrem eigentlichen kritischen Punkt fortgedacht worden ist. In dem an die Inflation gewöhnten Deutschland kann man inflationistische Tendenzen, die aus einem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm hervorzurufen müßten, nicht an einem beliebigen Punkte abstoppen. Eine solche Finanzierungsquelle droht immer gegen den Willen auch des organisiertesten Standes weiterzurollen, weil das Schicksal von Hunderttausenden damit verknüpft ist.

*

Abg. Hermann (Wirtsch.-P.) erklärt, daß seine Partei das Misstrauensvotum gegen die Regierung ablehnen werde, läßt aber Kritik an der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik.

Der Reichskommissar für die Ostprovinzen, Minister Schlaage-Schönungen, ging auf die Beschwerden über die Lage des gewerblichen Mittelstandes im Ostprovinzen ein.

Durch das Sicherungsverfahren sei verhindert worden, daß dem deutschen Volke die Ernährungsgrundlage in einem Augenblick schwieriger außenpolitischer Verhandlungen entzogen wurde.

Der Minister erklärte, er habe Anweisung gegeben, daß die Gläubiger bei jeder Sanierung herangezogen werden müßten. Neue Sanierungsanträge dürften nicht mehr gestellt werden. Den Gewerbetreibenden sei die Möglichkeit gegeben, die Entschuldungsbriefe zu diskontieren. Es handele sich um mehr als Umschuldung und Entschuldung, es handele sich um den Beginn der Reorganisierung der Ostwirtschaft.

Abg. Dr. Reiner (DR.) fordert, daß die für die Nachkriegspolitik und für die verlorene Wehrfähigkeit verantwortlichen Männer sobald als möglich in der Berufenen verschwinden sollten. Der Reichswehrminister dieses Kabinetts ist eine nationale Gefahr und muß fort, besser heute als morgen.

Abg. Domsch (Landw.) nimmt die Minister Schiele und Schlang gegen die Vorwürfe der Wirtschaftspartei in Schutz.

Abg. Henrich (Chr.-Soz.) klagt die Regierung an, daß sie den Kampf gegen Schmutz und Schuld nicht mit der erforderlichen Schärfe durchgeführt habe.

Abg. Hiltbrand (Soz.) polemisiert gegen die Nationalsozialisten.

Abg. D. Doehring (DR.) begründet den demokristlichen Antrag auf Verbot der sozialdemokratischen Freidenkerorganisationen.

Abg. Abel (Volksnat.)

behauptet, die Nationalsozialisten erstreben sich der Gunst des französischen Lorden; damit sei der Charakter gekennzeichnet.

Abg. Fortune (SNP.) wendet sich gegen die Regierungspolitik und gegen die Haltung der Sozialdemokratischen Partei.

Nach Ausführungen der Abg. Gercke (Landw.) und Grube (Komm.) trat Vertagung auf Donnerstag vormittag ein.

Eine eindrucksvolle Kanzlerrede

(Von unserem Berliner politischen Korrespondenten.)

Die schwierige Lage des Kabinetts, die durch die verunglückte Rede des Reichsinnenministers Groener nicht gerade erleichtert worden ist, wurde durch die Rede Dr. Brüning von neuem geklärt. Auch bei seinen Gegnern gab man unverhohlen zu, daß man es diesmal mit einer besonders wichtigen Bekundung der deutschen Außenpolitik zu tun habe, an der man auch dann nicht vorbeigehen könne, wenn man seine Bedenken nicht zurücktrete. Mit besonderem Eifer wurde nach der Kanzlerrede

in allen politischen Parteien die Möglichkeit einer erneuten Fühlungnahme zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten erörtert.

die nach der Dienstagrede des Abgeordneten Göring endgültig erledigt zu sein schien. Auch in nationalsozialistischen Kreisen wird angegeben, daß der Kanzler außerordentlich gemäßigt gesprochen habe und daß in der Außenpolitik seine Forderungen von den Forderungen der nationalen Opposition kaum noch besonders abweichen.

Wichtiger als der Wille ist die Macht

Paris, 12. Mai. (Radio.) Die Reichstagsrede des Reichskanzlers hat in der Pariser Presse einen lebhaften Widerhall gefunden, obgleich vorläufig nur vereinzelte Blätter dazu Stellung nehmen. Diese Stellungnahmen enthalten eine kategorische Absage an die Tribüne- und Abrüstungsfordernungen des Reichs-



Frankreichs neuer Präsident

Albert Lebrun, der am Dienstag gewählte neue französische Staatspräsident, mit dem Ministerpräsidenten André Tardieu auf der Triumphfahrt von Versailles nach Paris.